GSP.Z-01-303 Kapitel 4: Zusammen leben

Antragsteller*in: Cornelia Lange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu GSP.Z-01

Von Zeile 303 bis 310:
(210) ~~Gute~~Die Zunahme nichtübertragbarer sogenannter "Zivilisationskrankheiten" und ihre Herausforderungen für das Gesundheitswesen lassen deutlich werden, dass gute Gesundheitspolitik ~~setzt~~ schon bei der Vermeidung von Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit ~~an~~anzusetzen hat. Dies erfordert eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik und die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten. Gute Gesundheitspolitik nimmt ~~dabei~~neben dem körperlichen gleichberechtigt auch das psychische und soziale Wohlbefinden in den Blick. Gute Gesundheitspolitik wird der Tatsache gerecht, dass Gesundheit nicht allein ein Ergebnis individuellen Gesundheitsverhaltens ist. Prekäre Lebensverhältnisse machen in vielen Fällen krank. Menschen, die in Armut leben, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Bewegungsmöglichkeiten, gesunde Ernährung, angemessene Wohnbedingungen und saubere Luft müssen allen zur Verfügung stehen, um gesund zu bleiben. Prävention, Gesundheitsförderung und -schutz sind deshalb Querschnittsaufgaben, die in allen Politikbereichen verfolgt werden müssen. ~~Insbesondere eine gute Sozialpolitik ist~~Hierfür sind auf Bundes- Landes- wie auch kommunaler Ebene verbindliche Strukturen notwendig, um ein koordiniertes Vorgehen sicherzustellen und Ressorts entsprechend ihrer Verantwortung für die gesundheitlichen Konsequenzen ihres Handelns zu einer gesundheitsgerechten Politikgestaltung anzuhalten. Zudem sind Voraussetzungen für ein zielorientiertes und evidenzbasiertes Zusammenwirken zu schaffen. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sowie der Schutz der natürlichen Ressourcen sind Teil einer umfassenden Gesundheitsvorsorge.

Begründung

Der Abschnitt 210 fokussiert vor allem auf Primärprävention, also der Vermeidung von Krankheiten oder Gesundheitsstörungen. Gesundheitsförderung meint aber weit mehr. Gesundheitsförderung ist (in der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung 1986) definiert als Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie dadurch zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen. Diese Definition ist in der Jakarta-Erklärung zur Gesundheitsförderung für das 21. Jahrhundert (1997) weiter entwickelt worden: Gesundheitsförderung ist ein Prozess, der Menschen befähigen soll, mehr Kontrolle über ihre Gesundheit zu erlangen und sie zu verbessern durch Beeinflussung der Determinanten für Gesundheit. Als Strategie hat die WHO dafür den "Health in all policies"-Ansatz entwickelt, der besagt, dass Gesundheitsförderung, Prävention und gesundheitliche Versorgung nicht allein Aufgaben des Gesundheitssektors sind, sondern in allen Sektoren öffentlichen Handelns verfolgt werden sollte. Daher sollen in allen Politikbereichen systematisch die gesundheitlichen Auswirkungen von Entscheidungen berücksichtigt, Synergien anstrebt und schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit vermieden werden, um die Gesundheit der Bevölkerung und die gesundheitliche Chancengleichheit zu verbessern (https://www.who.int/social_determinants/

publications/health-policies-manual/key-messages-en.pdf). Diese Aspekte haben wir in den Text mit aufgenommen.

weitere Antragsteller*innen

Katharina Urban (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Aylin Saltik (KV Berlin-Pankow); Thomas Langkamm (KV Berlin-Lichtenberg); Uwe Dietrich (KV Hildesheim); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); Sigrid Busch (KV Friesland); Erich (Ellis) Huber (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Rita Schilling (KV Oldenburg-Stadt); Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei); Susanne Stern-Bergmeier (KV Schaumburg); Yvette Jegodka (KV Berlin-Mitte); Sven Drebes (KV Berlin-Mitte); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Thomas Götz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anja Susanne Dessauvagie (KV Hamburg-Wandsbek); Turgut Altug (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ronja Rutschmann (KV Berlin-Mitte)